

Michael Hüther  
Gerhard Naegele *Hrsg.*

# Demografiepolitik

Herausforderungen und Handlungsfelder

 Springer VS

---

# Demografiefolitik

---

Michael Hüther • Gerhard Naegele (Hrsg.)

# Demografiepolitik

Herausforderungen und Handlungsfelder

*Herausgeber*

Prof. Dr. Michael Hüther  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
Köln, Deutschland

Prof. Dr. Gerhard Naegele  
TU Dortmund  
Dortmund, Deutschland

ISBN 978-3-658-00778-2  
DOI 10.1007/978-3-658-00779-9

ISBN 978-3-658-00779-9 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

# Inhalt

Vorwort	9
---------	---

## **I. Für eine ressortübergreifende und mehrebenenorientierte Demografiepolitik**

<i>Michael Hüther / Gerhard Naegele</i> Demografiepolitik: Warum und wozu?	13
<i>Kristina Schröder</i> Demografiepolitik als Gesellschaftspolitik der fairen Chancen	34
<i>Hans-Peter Friedrich</i> Die Demografiestrategie der Bundesregierung	46
<i>Rolf G. Heinze</i> Anpassung oder Gestaltung? Institutionelle und kulturelle Erblasten in der Demografiepolitik	49

## **II. Die demografische Herausforderung: Fakten und Trends**

<i>Christoph M. Schmidt</i> Die demografische Herausforderung – ein aktueller Überblick	71
<i>Axel Börsch-Supan</i> Mikro- und makroökonomische Dimensionen des demografischen Wandels	96
<i>Hans-Peter Klös / Gerhard Naegele</i> Alter als „Ressource“ – Befunde und verteilungspolitische Implikationen	123
<i>Jürgen Dorbritz / Norbert F. Schneider</i> Familiendemografische Trends in Deutschland – Herausforderungen für zukünftiges politisches Handeln	142
<i>Harald Künemund</i> Demografie, Politik und Generationenbeziehungen	164

### III. Vorleistungsverpflichtungen einer Demografiepolitik: Der Einzelne und die Gesellschaft

<i>Jutta Reich-Claassen und Rudolf Tippelt</i> Erwachsenen- und Weiterbildungspolitik – Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung der mittleren und späteren Lebensphasen in der Bildungspolitik	179
<i>Christiane Flüter-Hoffmann / Mirko Sporket</i> Arbeit und Beschäftigung im demografischen Wandel – Konsequenzen für das strategische Personalmanagement	200
<i>Ulla Walter / Daniel Reuter</i> Prävention und Gesundheitsförderung als politische Strategien für Beschäftigungsfähigkeit und Teilhabe im Alter	223
<i>Gerhard Naegele</i> Gesundheitliche Versorgung in einer alternden Gesellschaft	245
<i>Jörg Bogumil / Sascha Gerber / Maren Schickentanz</i> Handlungsmöglichkeiten kommunaler Demografiepolitik	259

### IV. Demografiepolitik und gesellschaftliche Öffnung: Chancen und Herausforderungen

<i>Hilmar Schneider</i> Arbeitszeitpolitik als Bedingung flexibler Lösungen im Lebensverlauf	283
<i>Ute Klammer</i> Gleichstellungspolitik als Baustein von Demografiepolitik und (Teil-)Antwort auf den Fachkräftemangel	299
<i>Thomas Straubhaar</i> Integrationspolitik und die Chancen der Zuwanderung	315
<i>Caja Thimm</i> Digitale Gleichberechtigung der Generationen – Altern in einer mediatisierten Gesellschaft	326
<i>Thomas Klie</i> Zivilgesellschaft und Aktivierung	344

**V. Demografiepolitik und Demografiestrategie:  
Was notwendig ist**

*Michael Hüther und Gerhard Naegele*

Demografiepolitik und Demografiestrategie – Was notwendig ist 365

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 379

## Vorwort

Ein Sammelband zur Demografiepolitik für Deutschland begründet sich heute fast wie von selbst: Erstens gibt es bislang nichts Vergleichbares für die deutsche Debatte, zweitens befindet sich die Bundespolitik mitten in einem ersten strategischen Aufbruch zur Gestaltung des demografischen Wandels.

Die Idee zu diesem Band drängte sich den Herausgebern im Nachgang zu der über dreijährigen Mitarbeit am 6. Altenbericht der Bundesregierung auf. Dabei ging es um die Bedeutung von Altersbildern als individuell wie kollektiv ausgeprägten Stereotypen für die Bewältigung der aus der Alterung der Gesellschaft sowie der Perspektive des längeren Lebens sich ergebenden Herausforderungen. So sehr mit dem 6. Altenbericht – anknüpfend an seinen „Vorläufer“, den 5. Altenbericht – eine wichtige Lücke in der Debatte über den demografischen Wandel geschlossen werden konnte, so sehr wurde uns deutlich, dass eine ebenso beachtliche Lücke bei der konzeptionellen Unterlegung einer entsprechenden Politikstrategie besteht.

Der Weg bis zum Erscheinen dieses Bandes war – wie bei Sammelbänden nahezu üblich und deshalb erwartbar – kurvenreich und allemal länger als gehofft. Insofern gilt unser besonderer Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die nicht nur pünktlich oder immerhin mit nur erträglicher Verspätung ihre Texte geliefert haben, sondern auch bereitwillig unsere Hinweise für eine Überarbeitung oder Ergänzung aufgenommen haben. Für die Herausgeber wurde der produktive Prozess des Editierens und des Erarbeitens eigener Positionen zum Einstieg in den Band sowie zur konzeptionellen Schlussfolgerung der Beleg für die besondere Leistungsfähigkeit eines altersgemischten Teams.

Dennoch wäre die Herausgeberschaft nicht ohne die tatkräftige Mitwirkung sonst namentlich üblicherweise untergehender Kollegen/innen gelungen. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken bei *Lena Mörbitz*, Dortmund, *Simone Schüttler* und *Markus Mill*, Köln, sowie *Paul Hüther*, Wiesbaden, für die redaktionelle Unterstützung.

*Michael Hüther* und *Gerhard Naegele*,

Köln und Dortmund im August 2012



**I. Für eine ressortübergreifende und  
mehrebenenorientierte Demografiepolitik**

# Demografiepolitik: Warum und wozu?

*Michael Hüther / Gerhard Naegele*

## 1 Für einen breiten Ansatz in der Demografiepolitik: Individuum und Gesellschaft

Warum ein Buch zur Demografiepolitik? Deutschland hat sicher keinen Mangel an Debatten und an Politikinitiativen zum demografischen Wandel. Aber noch vor wenigen Jahren wurde dieses Thema öffentlich fast nur unter dem Gesichtspunkt erörtert, wie die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert werden können, oder es führte allenfalls zu bildungspolitischen Überlegungen. Damit richtete sich die Aufmerksamkeit auf Fragen der Anpassung an den demographischen Wandel, aber auch der Beeinflussung entsprechender Trends (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2004). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erörterte in seiner Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ die Konsequenzen des demografischen Wandels für die verschiedenen ökonomischen Kontexte und leitete dafür Anpassungsnotwendigkeiten ab (Sachverständigenrat 2011) (siehe den Beitrag von Schmidt in diesem Buch).

Aus einer anderen Betrachtungsrichtung haben die ersten vier Altenberichte der Bundesregierung die Lebenssituation älterer Menschen in darauf konzentrierten Analysen diskutiert. Dieser primär auf höheres Alter bezogene Problem- und Anpassungsdiskurs dominiert heute jedoch die Debatte um den demografischen Wandel immer weniger, der Fokus hat sich geweitet. So wurden mit dem 5. Altenbericht der Bundesregierung die „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ thematisiert und damit der Potenzialdiskurs aus den Fachdebatten in eine breitere Öffentlichkeit gestellt (BMFSFJ 2006).

Bereits die Enquête-Kommission „Demografischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, die von 1992 bis 2002 über drei Legislaturperioden hinweg ein entsprechendes Mandat erhalten hatte, nämlich Vorschläge für die individuelle wie gesellschaftliche Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels vorzulegen, eröffnete die Möglichkeit für einen breiten Politikdiskurs (Deutscher Bundestag 2002). Der demografische Wandel wurde überwiegend als Chance, die ältere Generation als für die Gesellschaft bedeutsames Humankapital und nicht als Kostenfaktor, bewertet. Mit den Themen Generationenverhältnisse, Arbeit und Wirtschaft, Integration und Migration, Alterssicherung sowie Gesundheit, Pflege und soziale Dienste wurde ein breites Panorama eröffnet. Eine konsistente und systematische Politikstrategie war damit dennoch nicht gefunden und angelegt, ein eigenständiges Politikfeld nicht erkennbar. Auch wurde der Bericht selbst außerhalb der scientific community kaum ernsthaft zur Kenntnis genommen (Naegele 2012).

Offenkundig ist es auch in offenen, aufgeklärten Gesellschaften ein langer Weg von der Erkenntnis bis zur angemessenen, nicht nur punktuellen Handlung. Ein derartige time lag gilt für demografische Themen in ganz besonderer Weise (Walker 2009). Nicht selten dauert es eine Generation, bis sich eine gewonnene grundlegende Einsicht in der Breite Akzeptanz verschaffen kann. Wenn Politik und Öffentlichkeit dafür noch nicht aufnahmebereit sind, dann verpuffen selbst allerhöchste Impulse. Dies gilt selbst für das Forum Demografischer Wandel, das der ehemalige Bundespräsident Köhler während seiner ersten

Amtsperiode mit Jahreskonferenzen veranstaltete (Bertelsmann Stiftung/Bundespräsidialamt 2009). Am Ende blieb eine kaum zu verbergende Ratlosigkeit, die im Hintergrundpapier zur Abschlusskonferenz greifbar dokumentiert ist (ebd., 3):

„Handlungsbedarf sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerforums in bürokratischen Hürden und verhärteten Strukturen sowie in mangelnder Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren. Eigeninitiative werde von den Behörden noch zu wenig gefördert und zu wenig professionell begleitet. Beklagt wurde in diesem Zusammenhang auch ein Mangel an Nachhaltigkeit. ... Als stark verbesserungswürdig wird auch die Kommunikation zwischen den Akteuren bewertet: Verwaltung, freie Träger und Engagierte gingen oft von unterschiedlichen Erwartungen und Zielen aus, was häufig zu Verständnisproblemen führe.“

In einer für diese Abschlusskonferenz auf der Basis computergestützter Interviewverfahren durchgeführten Studie „Der Demographische Wandel als gesellschaftliche Herausforderung“ wurden weitere Hemmnisse auf dem Weg zu einer systematischen und umfassenden Demografienpolitik deutlich (Bundespräsidialamt/Bertelsmann Stiftung 2009, 9):

„Das Bild der Befragten vom Alter ist erstaunlich diffus und uneindeutig.“ Und: „Anders als zu erwarten wäre, konnte kein Wertemuster nachgewiesen werden, dass für eine Mehrheit der Befragten – die sogenannte Mitte – zutreffend ist. Insgesamt lassen sich aus der Studie acht verschiedene Werte-Ensembles ableiten, deren Angehörige auf unterschiedliche Weise für die Herausforderungen des demographischen Wandels mobilisiert werden müssen:

Gruppe 1: Individuelle Leistungsfähigkeit (13 Prozent der Befragten): Eigeninitiative und Bereitschaft zur Leistung; hohe Integrationsfähigkeit der Gesellschaft; Einsicht in die Notwendigkeit, langfristig in Zukunftsentwicklung zu investieren; eigene Entfaltung als zentrales Lebensziel.

Gruppe 2: Gemeinsame Innovationskraft (18 Prozent der Befragten): Persönliche Potenziale erkennen und fördern; Attraktivität für Zuwanderung von Intelligenz; Innovationskraft durch lebenslanges Lernen; Bildung als zentraler Beitrag für die Zukunft.

Gruppe 3: Persönliche Gestaltungsfreiheit (9 Prozent der Befragten): Unabhängiges und selbstbestimmtes Nischendasein; weitgehend individuelle Chancengleichheit; entlastende Betreuungsangebote für Eltern; Eigenverantwortung von mündigen Bürgern.

Gruppe 4: Gesicherte Lebensgrundlage (7 Prozent der Befragten): Geborgenheit; garantierte finanzielle Grundsicherung für alle; tolerante experimentierfreudige Gesellschaft; bereicherndes Lernen von anderen Kulturen.

Gruppe 5: Nachbarschaftliche Solidarität (23 Prozent der Befragten): Atmosphäre gegenseitiger Anerkennung; menschlich respektvoll miteinander umgehen; sich nachbarschaftlich umeinander kümmern; unbeschwert optimistische Lebenseinstellung.

Gruppe 6: Bürgerschaftliches Engagement (6 Prozent der Befragten): Zusammenhalt durch echtes Identitätsgefühl; sich bewusst für die Gesellschaft engagieren; gerechte Verteilung finanzieller Ressourcen; Lebenssinn durch kulturellen Reichtum.

Gruppe 7: Ehrenamtliche Initiativen (7 Prozent der Befragten): verantwortlich für die Gesellschaft aktiv sein; Erfahrungen und Werte weitergeben wollen; gesund und aktiv am Leben teilnehmen können; motivierend optimistische Aufbruchstimmung.

Gruppe 8: Gesundes Wachstumsklima (17 Prozent der Befragten): Wohlstand und gesicherter Lebensstandard; Generationen unterstützen sich gegenseitig; Ausbildung und Förderung von Fachkräften; weitgehende individuelle Chancengleichheit.

Aus den unterschiedlichen Wertvorstellungen der einzelnen Gruppen folgt, dass diese durch maßgeschneiderte Programme angesprochen werden müssen. ...

Zusammenfassend lässt sich aus der Studie folgern, dass die Menschen in Deutschland das „Wir“ wiederentdecken. Die Bewertungen der Befragten lassen auf einen „turnaround“ von der Individualisierung zu einem neuen, intelligenten „Wir“ schließen. Eine zentrale Frage für die Menschen in Deutschland ist, wie sowohl der Einzelne als auch die Gemeinschaft solidarisch und leistungsfähig zugleich sein können.“

Die Ergebnisse dieser Studie machen deutlich, dass bislang zumindest die uneinheitliche und diffuse politische Reaktion auf den demografischen Wandel ihre Entsprechung in vergleichbar diffusen Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema findet. Vor dem Hintergrund dieser Befunde kann es nicht verwundern, dass die Bundesregierung erst jüngst das Thema grundsätzlich aufgenommen hat: Der „Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ ist am 26.10.2011 erschienen; der Bericht „Jedes Alter zählt – Demografiestrategie der Bundesregierung“ (BMI 2012) vom April 2012 baut darauf auf und ist Grundlage für die Ressortabstimmung mit Hinführung zum ersten Demografiepfad im Oktober 2012 (siehe den Beitrag von Hans-Peter Friedrich in diesem Buch). Die Stoßrichtung ist klar: Es geht um die Mobilisierung von individuellen Lebenschancen im längeren Leben und die Erschließung von gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven im demografischen Wandel. Damit werden zwangsläufig sehr unterschiedliche Aspekte und Perspektiven aufgerufen und gemeinsam zu diskutieren sein. Eine umfassende Demografiepolitik als erklärtem und institutionalisiertem Politikfeld mit klaren Zielsetzungen und definierten Erfolgsindikatoren als Grundlage für ein Monitoring ist damit freilich noch nicht erreicht. Auch scheint die Bundesregierung noch etwas unbestimmt zu sein, denn während die vom Kabinett verabschiedete Demografiestrategie den zitierten Titel trägt, wird das Ganze im Internet unter dem Label: „Politik für alle Generationen“ angeboten ([http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/_node.html)). Das muss sich zwar nicht widersprechen, es führt aber doch zu Fragen nach der Kohärenz und der Konsistenz der damit angelegten Politik. „Jedes Alter zählt“ eröffnet einen Diskurs über die Potenziale jedes Alters und des Alterns, „Politik für Generationen“ adressiert die Vorleistungsverpflichtung des ermöglichenden Staates, möglicherweise aber auch sehr viel stärker den vorsorgenden und kurierenden Staat.

Während die systematische Behandlung des Themas auf Bundesebene noch ganz am Anfang steht, beobachten wir in den Bundesländern teilweise eine bereits längere Tradition der Demografiepolitik. Einzelne Bundesländer haben sich bereits frühzeitig den Fragen des spezifischen demografischen Wandels gestellt und Kommissionen mit der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen beauftragt (z. B. Staatskanzlei Freistaat Sachsen 2006). So finden sich insbesondere für die neuen Bundesländer, für die der demografische Wandel schon seit den 1990er Jahren ein relevantes Faktum darstellt, umfangreichere Politikansätze, während in den westdeutschen Ländern die Befassung mit diesem Thema meist jüngeren Datums ist und überwiegend weniger systematisch erfolgt (vgl. Übersicht 1). Allerdings: In einigen Internet-Landesportalen findet sich zu den Begriffen Demografie, Demografiepolitik und demografischer Wandel nicht ein Treffer! Die in den Bundesländern gefundenen Lösungen einer Institutionalisierung sind sehr unterschiedlich (vgl. Übersicht 2). All dies macht deutlich, wie weit der Weg zu einer kohärenten und konsistenten Demografiepolitik sowohl in den Ländern wie im Bund und erst recht gemeinsam noch ist.

## Übersicht 1: Laufende Demografiekonzepte und –politik der Bundesländer

Bundesland	Programm
<b>Baden-Württemberg</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Seniorenpolitik (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt“</li> </ul> </li> <li>- Familienpolitik (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“</li> </ul> </li> <li>- Unternehmenspolitik (Ministerium für Finanzen und Wirtschaft) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Demografie Exzellenz Award</li> </ul> </li> <li>- Demografiespiegel des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg</li> </ul>
<b>Bayern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aktionsplan Demographischer Wandel „Aufbruch Bayern“ (Nov. 2011)</li> <li>- Demographiestrategie „Jedes Alter zählt“ (Apr. 2012)</li> <li>- Regionale Demographie-Initiativen und kommunale Praxisbeispiele</li> <li>- Bevölkerungsvorausberechnung für Kommunen des Bayrischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung</li> <li>- Fachinformationen der Ressorts für Kommunen</li> <li>- Informationen über die öffentliche Bautätigkeit mit Bezug auf den demographischen Wandel (Innenministerium)</li> </ul>
<b>Berlin</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Infoportal im Internet <ul style="list-style-type: none"> <li>o Good Practice, Praxisbeispiele</li> </ul> </li> <li>- Demografiekonzept für Berlin (2009) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Integrierte Strategieansätze aller Politikfelder</li> </ul> </li> <li>- Stadtentwicklungskonzept – „konzept 2020“</li> </ul>
<b>Brandenburg</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IMAG-Bericht „Demografischer Wandel“ (2011)</li> <li>- „Brandenburg aktiv“ (Zuständig: Staatskanzlei) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Auf der Grundlage des Berichts „Demografischer Wandel – Erneuerung aus eigener Kraft“ (2011)</li> <li>o Räumliche und sektorale Neuausrichtung der Förderpolitik</li> <li>o Strategien zur Fachkräftesicherung</li> <li>o Familienpolitisches Maßnahmenpaket</li> </ul> </li> <li>- Marktplatz der Möglichkeiten – Vorstellung von „best practice“ Initiativen</li> <li>- Handlungshilfen</li> </ul>
<b>Bremen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Interaktives Demografie-Monitoring des Statistischen Landesamts Bremen</li> <li>- Zwei Studien zum demografischen Wandel in der Stadt Bremen des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Kooperation mit dem Statistischen Landesamt, der Senatskanzlei und dem Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW)</li> <li>- Partner im Demografieprojekt DC NOISE (Demographic Change: New Opportunities in Shrinking Europe“)</li> </ul>

Bundesland	Programm
<b>Hamburg</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Demographie-Plattform Hamburg</li> <li>- Partner im Demografieprojekt DC NOISE (Demographic Change: New Opportunities in Shrinking Europe“</li> <li>- Projekt „Lernen vor Ort“</li> </ul>
<b>Hessen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IMAG (Interministerielle Arbeitsgruppe Demographie): „Strategie für eine demographische Trendwende in Hessen“ (2012)</li> <li>- Hessischer Demografiepreis</li> <li>- Projektion der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung durch die Hessen Agentur</li> <li>- Kommunaler Demografie-Dialog</li> <li>- Praxisforen Demografie der Hessischen Staatskanzlei – praktische Informationen, Vorstellung von Projekten</li> <li>- Hessisch-Sächsische Demografiepartnerschaft</li> <li>- „Kompetenznetz Vitale Orte 2020 – Demografie gestalten“ – Information über Fördermöglichkeiten, Instrumente und Ansprechpartner</li> </ul>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IMAG-Strategiebericht: „Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten“ (2011)</li> <li>- Initiative Fach- und Führungskräfte für Positionen in MV zu gewinnen, via <a href="http://www.mv4you.de">www.mv4you.de</a></li> <li>- Enquête-Kommission „Älter werden in MV“ (April 2012)</li> </ul>
<b>Niedersachsen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bericht der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel“ (2007) des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.</li> <li>- Entwurf Handlungskonzept „Demografischer Wandel“ (2012) der Niedersächsischen Landesregierung</li> <li>- Bericht zum Regionalmonitoring 2009, Schwerpunkt Demografischer Wandel des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung</li> <li>- Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsen des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen</li> </ul>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Informationen über die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Arbeitswelt auf <a href="http://www.arbeit-demografie.nrw.de">www.arbeit-demografie.nrw.de</a> (Arbeitsministerium) <ul style="list-style-type: none"> <li>o Good Practice Datenbank</li> <li>o Instrumente zum Sofortcheck</li> </ul> </li> <li>- Projekte zum „Miteinander der Generationen“ (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter)</li> </ul>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie stellt Informationen zu den Themen Alter und Pflege zur Verfügung</li> <li>- Berichterstattung zur allgemeinen demografischen Entwicklung des Statistischen Landesamts</li> <li>- Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) erarbeitet Handlungsleitlinien für Wirtschaft und Politik</li> </ul>

Bundesland	Programm
<b>Saarland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stabsstelle Demographischer Wandel im Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz → Portal im Internet mit Informationen zum Thema</li> <li>- Wanderausstellung „Demographischer Wandel“</li> <li>- Förderwettbewerb „Blickpunkt: Demographischer Wandel“</li> <li>- Förderwettbewerb „Ideen für Generationen“</li> <li>- Schülerwettbewerb „Leben im Saarland 2030“</li> <li>- Projekt „Generationendialog“ zur Förderung bürgerschaftlichem Engagements</li> </ul>
<b>Sachsen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Internetportal <a href="http://www.demografie.sachsen.de">www.demografie.sachsen.de</a> mit Informationen zu Konzepten und Projekten</li> <li>- Handlungskonzept Demografie „Den demografischen Wandel gestalten“ (2010) mit aktualisiertem Zeitstrahl zur Umsetzung (benchmarking)</li> <li>- Demografietest – alle Entscheidungen der Landesregierung müssen auf ihre demografische Relevanz und Tragfähigkeit überprüft werden</li> <li>- Demografiekongresse und -gipfel zum Erfahrungsaustausch</li> <li>- Generationenpreis „miteinander“</li> <li>- Demografie-Monitor: Daten, Karten, Diagramme etc.</li> </ul>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Demografieportal Sachsen-Anhalt</li> <li>- Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ (2010)</li> <li>- Interministeriellen Arbeitskreises Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen (IMA ROLF)</li> <li>- Demografie-Beirat aus regionalen und überregionalen Vertretern div. Institutionen aus Wissenschaft und Verwaltung</li> <li>- Demografie-Allianz aus Fachleuten, Verbänden, Vereinen und Institutionen</li> <li>- Wissenschaftliche Expertenplattform als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Verwaltung <ul style="list-style-type: none"> <li>o wzw Wissenschaftszentrum sachsen-anhalt lutherstadt wittenberg</li> </ul> </li> <li>- Div. Projekte (Das-Hier-Sind-Wir Portal, YURA, SEMIGRA, Re-Turn, Demografie-Coaching)</li> </ul>
<b>Schleswig-Holstein</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Netzwerk Daseinsvorsorge</li> <li>- Initiative „Arbeit im demographischen Wandel“</li> <li>- Diskussionsbeitrag „Schleswig-Holstein im demographischen Wandel – Ein Beitrag zur Diskussion“ (2005)</li> <li>- Mehrere Studien bspw. von der IHK Schleswig-Holstein und der Bertelsmann-Stiftung</li> <li>- DSN-Reporte im Auftrag der Staatskanzlei: „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Konsequenzen des demografischen Wandels“ (2004) und „Schleswig-Holstein 2025“ (2008)</li> <li>- Bevölkerungsvorausberechnungen durch das Statistikamt Nord seit 2007</li> </ul>